

Eva Böller, Sprecherin des Bremer Friedensforums, Ansprache auf der Kundgebung gegen die UDT-Messe am 30. Mai 2017

UDT – Undersea Defence Technology, zu Deutsch: Unterwasser-Verteidigungstechnologie ist der Sachbereich, für den dort in den Bremer Messehallen eine Messe stattfindet, eine Waffenmesse, laut Weser-Kurier die weltgrößte Waffenmesse für Unterwasser-Kriegstechnik.

Das Bremer Friedensforum wandte sich bereits im letzten Jahr an Bremens Bürgermeister Carsten Sieling mit der Frage, ob diese UDT-Messe tatsächlich in Bremen stattfinden müsse. Sieling ließ antworten, wegen der Sicherung hochwertiger Arbeitsplätze freue man sich, ja, „**freue**“ man sich über die legalen Rüstungsgeschäfte und die in Bremen stattfindende Messe. Er fügte noch hinzu, dass die UDT **keine** Waffenmesse sei.

Möglicherweise wird diese Messe nicht nur ideell, sondern auch materiell vom Senat unterstützt, wie in den 2018 in Bremen stattfindenden Raumfahrtkongress zwei Millionen Euro Bremer Steuermittel fließen, obgleich die Bremer Raumfahrtindustrie wie OHB und Airbus Defence and Space sich vor Millionen-Aufträgen kaum retten können.

Wieso kann diese UDT-Messe so öffentlich geschehen, ohne dass laute Kritik geäußert wird?

Zwei von sicherlich mehreren Gründen sind:

Erstens sind Begriffe wie IT, Cyber und andere Begriffe mehr weithin nur für Experten durchschaubar, den einfachen PC und Smartphone-Nutzern aber kaum. Sie kümmern sich nicht darum.

Zweitens ist es die wirksame und bewährte Methode von Politik und Konzernen, die Grenze zwischen ziviler und militärischer Forschung zu verwischen.

Es wird Etikettenschwindel betrieben, um die wahren Absichten zu verschleiern. So wird von **Sicherheit** gesprochen, wenn es um **Aufrüstung und Abbau von Demokratie** geht.

So heißt es immer noch **Verteidigungsministerium**, obwohl Deutschland maßgeblich an etwa 15 **Kriegen** außerhalb Deutschlands beteiligt ist, die **nicht** der Verteidigung dienen.

Dieser Tendenz werden die Organisationsstrukturen angepasst: Zum Beispiel werden bei uns zivile Wissenschaftseinrichtungen mit Einrichtungen der Bundeswehr zusammengelegt und vom Bundesministerium für Verteidigung finanziert. Zivile und militärische Forschung finden unter einem Dach statt.

Dazu werden zugleich auch entsprechende Haushaltsmittel bereitgestellt. Auch das erleben wir zurzeit mit: Die ursprünglich nur angestrebte Erhöhung der Militärausgaben um 2% des Bruttosozialproduktes der NATO-Mitgliedstaaten soll jetzt verbindlich gemacht werden. Das würde für die europäischen NATO-Staaten eine Erhöhung von 200 auf 300 Milliarden Euro bedeuten.

Die USA gehen mit einer Erhöhung um 54 Milliarden Dollar für 2018 voran. Und sie verlangen von den übrigen NATO-Ländern entsprechende Steigerungen. Und die

müssen alljährlich in einem Geschäftsbericht gegenüber den USA nachgewiesen werden.

Politik und Konzerne – vielleicht sollte die Reihenfolge umgekehrt werden – Konzerne und Politik versuchen, die allgemeine Aufrüstung zu Land, Luft, See und jetzt auch verstärkt im Cyberraum durchzusetzen. Das verspricht den Konzernen horrende Profite und soll die Politik in die Lage versetzen, auf die Krisen unserer Zeit und mögliche Widerstandsbewegungen zu reagieren und niederzuschlagen. Schon vor Jahren machte eine deutsche Rüstungsfirma auf ihrer Website Werbung für ihr Panzerprodukt, nicht mit der Wirkung auf die Waffen feindlicher Rüstung, sondern mit der Wirkung auf Demonstranten, die vom Panzer verfolgt werden.

Die weltgrößte Messe für Unterwasserrüstung kann in Bremen öffentlich mit Wohlwollen des Bürgermeisters stattfinden. Das zeigt, dass die Rüstungshochburg Bremen noch mehr an Bedeutung und – an **Einfluss** gewinnt. Das zeigt aber auch, dass wir als Friedensaktivisten in Bewegung kommen müssen. Wir müssen der Öffentlichkeit deutlich machen, dass mehr Rüstung auch immer zu mehr Krieg führt, nicht nur in weiter Ferne, sondern möglicherweise auch an den Grenzen der EU.

Wir fordern:

Abbau statt Steigerung der Militärausgaben

Ächtung von UDT-Waffen wie sie auch bei biologischen und chemischen erreicht wurde

Einhaltung der Zivilklausel an den Bremer Hochschulen und der Universität Bremen

Wir brauchen nicht **mehr** Geld für Rüstung und Militär, sondern für Arbeitsplätze im Bereich neue Energien, Klimaschutz, Umwelt, Soziales, Gesundheit, Bildung und gegen den Hunger von Millionen in der Welt